LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 19. Dezember 2016

P r o t o k o l l

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.12.2016
Sitzungsbeginn:	18:01 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz
Koch, Harald

Ordentliche Mitglieder
Hausmann, Michael
Koch, Manfred
Fach, Thomas
Fricke, Dietmar
Gerndt, Reinhard Dr.
Glier, Andreas
Hensel, Falk
Meyn, Lennie
Pastewsky, Jürgen
Plumeyer, Henning

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)
Schulz, Hartmut

Landrätin
Steinbrügge, Christiana

Protokollführer
Haver, Jürgen Protokollführer

Von der Verwaltung
Beddig, Heiko
Lehmann, Rüdiger

Es fehlen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Bestimmung einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)

5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
7. Quartalsbericht III/ 2016 Landkreis Wolfenbüttel
   Vorlage: XVIII-0046/2016
8. Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Wolfenbüttel
   Vorlage: XVIII-0049/2016
9. Beschluss über den Gesamtabschluss 2012 des Landkreises Wolfenbüttel
   Vorlage: XVIII-0021/2016
10. Erstattung an die Kreistagsfraktionen und Gruppen
    Vorlage: XVIII-0037/2016
11. Aufwandsentschädigungssatzung
    Vorlage: XVIII-0038/2016
12. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017
    Vorlage: XVIII-0036/2016
13. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017-
    Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für Haushaltsjahr 2017
    Vorlage: XVIII-0036/2016/4
14. Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Salzgitter;
    hier: Zweckvereinbarung im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit
    Vorlage: XVIII-0041/2016
15. Verordnung über die Verkürzung der Schonzeit für Rehwild im Landkreis Wolfenbüttel
    Vorlage: XVIII-0044/2016
16. Einführung eines ergänzenden Warnsystems im Katastrophenschutz im Landkreis Wolfenbüttel
    Vorlage: XVIII-0039/2016
17. DAWI-Betrauungsakt für die Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH
    Vorlage: XVIII-0048/2016

18. Vorstellung der Planungen des Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße sowie Anpassung des Investitionsbedarfes nach Vorliegen der Kostenschätzungen der Objektplaner
Vorlage: XVIII-0050/2016
19. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
20. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender H.Koch eröffnet die 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18.01 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender H.Koch stellt die Tagesordnung fest und bittet um Erweiterung der Tagesordnung um einen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt TOP 21 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§85 Abs. 4 NKomVG, §§23, 4i GO).

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

> Die Tagesordnung wird um einen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt TOP 21 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§85 Abs. 4 NKomVG, §§23, 4i GO) erweitert.

TOP 4 Bestimmung einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 4 auf und bittet um Vorschläge.

KAbg. M.Koch schlägt KAbg. Fricke zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der KAbg. Fricke wird zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden bestimmt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Dr. Gerndt fragt an, ob und wie oft an den landkreiseigenen Schulen Feuerschutzübungen stattfinden.

Anmerkung der Verwaltung:
Es finden in regelmäßigen Abständen Feuerschutzübungen in den Schulen statt. Die dabei festgestellten Mängel werden kurzfristig behoben.

KAbg. M. Koch weist auf einen Artikel der Salzgitter-Zeitung bezüglich des Umzugs der Firma Hartung von Baddeckenstedt nach Othfresen hin und bittet um Auskunft, inwieweit der dort zitierte Vorwurf der Schlafmützigkeit der Wirtschaftsförderung des Landkreises zutreffend wäre.

Landrätin Steinbrügge entgegnet, dass Gespräche mit Herrn Hartung stattgefunden haben. Es gäbe zwischen den Landkreisen Wolfenbüttel und Goslar ein Fördergefälle. Der Landkreis Goslar liege im Gebiet Zieleförderung und habe dadurch die besseren Argumente und Mittel. Dem Landkreis Wolfenbüttel fehlten diese, da es auch kein eigenes Förderprogramm gäbe.

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen.

TOP 6 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Vorsitzender H.Koch stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

TOP 7 Quartalsbericht III/ 2016 Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0046/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 7 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke weist auf die eklatante Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses hin. Dies sei wohl auf die Ungleichgewichtung von Aufwendungen und Erträge bei den Asylbewerberleistungen zurückzuführen. Die Verschlechterungen resultieren fast ausschließlich daraus. Diese äußeren Einflüsse sollten beobachtet werden und die Erstattungsgeber angehalten werden, die Aufwendungen zeitnäher zu erstatten.

Landrätin Steinbrügge bestätigt die Vermutung und ergänzt, dass sich die Fallzahlen verringert haben und sich dadurch die Berechnungsgrundlage sehr geändert habe. Das Land Niedersachsen habe zudem die Vorgaben zur Verbuchung der Erträge wieder korrigiert. Dieses würde die Verschlechterung des Ergebnisses begründen.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachfolgende

Kenntnisnahme:

Der Quartalsbericht III / 2016 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verschlechtert sich das Ergebnis voraussichtlich um 3.405.753,84 €.

TOP 8 Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0049/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 8 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge weist darauf hin, dass Zahlen in dem Beteiligungsbericht zu korrigieren seien. Es sind versehentlich Zahlen aus Vorjahren verwendet worden. Die Berichtigung erfolge über das Protokoll.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Zahlen sind wie folgt zu berichtigen:

Seite 2 des Beteiligungsberichtes

Unternehmen	***Stamm- bzw. Grundkapital***	***Anteil des Landkreises***	***Anteil in Prozent***	***Jahresergebnis 2015***
E.ON SE	*2.001.000.000 €*	*1.938.063 €*	*0,0969 %*	*-2.131.442.862,31 € richtig* *1.439.133.101,79 € falsch*
Gesellschaft für Biokompost mbH	*310.000 €*	*139.500 €*	*45,0000 %*	*+ 82.815,60 € richtig* *+84.822,56 € falsch*

Seite 3 des Beteiligungsberichtes Avacon AG

Beteiligungsquote: *4,547% richtig*
4,419% falsch
Anteil des Landkreises: *16.261.533 € richtig*
15.803.034,25 € falsch

Seite 5 des Beteiligungsberichtes E.ON SE

Jahresüberschuss 2015: *-2.131.442.862,31 € richtig*
1.439.133.101,79 € falsch

Bilanzgewinn 2015: *976.198.300,00 € richtig*
966.368.422,50 € falsch

Dem Haushalt 2017 wird nach Kenntnisnahme des Berichtes durch den Kreistag der berichtigte Beteiligungsbericht beigefügt.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachfolgende

Kenntnisnahme:

Der der Vorlage XVIII-0049/2016 als Anlage beigefügte Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Beschluss über den Gesamtabschluss 2012 des Landkreises Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0021/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 9 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke wünscht sich, dass der Gesamtabschluss zur besseren Übersicht in der Art eines konsolidierten Rechenschaftsberichts erläutert und gewertet werden würde.

Landrätin Steinbrügge unterstützt dieses und sagt zu, die Möglichkeit für zukünftige Gesamtabschlüsse prüfen zu lassen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft. Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

Beschlussempfehlung:

Gemäß § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Gesamtabschluss 2012 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen.

TOP 10 Erstattung an die Kreistagsfraktionen und Gruppen Vorlage: XVIII-0037/2016

Vorsitzender H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 10 auf und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass es sich um eine moderate Anpassung der Erstattungen von 10 Prozent handele und dieses angesichts von Tariferhöhungen und allgemeine Kostensteigerungen für angemessen halte.

KAbg. Pastewsky hält die Erhöhung angesichts der angespannten Finanzlage für das falsche Signal. Es könne nicht von anderen gefordert werden, was selbst nicht erbracht werde. Hier solle mit gutem Beispiel voran gegangen werden.

KAbg. Hensel hält aufgrund der gestiegenen Kosten und der Inflation eine Steigerung der Erstattungen für notwendig. Es ginge um eine angemessene Steigerung, um die Arbeit aufrechterhalten zu können.

KAbg Fricke sieht es zwar auch kritisch, unterstützt jedoch die Vorlage, da auch er sehe, dass es einfach notwendig sei, um bisherige Standards aufrecht zu erhalten. Man bewege sich ja auch am unteren Rand der von der Kommission vorgeschlagenen Werte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme nachfolgende

Beschlussempfehlung:

Die Erstattung an die Kreistagsfraktionen und Gruppen betragen rückwirkend ab dem 01.11.2016 jährlich 990 Euro pro Fraktions- oder Gruppenmitglied.

Darüber hinaus wird ein jährlicher Sockelbetrag in nachstehender Höhe gewährt:

4.950 Euro für Fraktionen und Gruppen mit unter 5 Kreistagsmitgliedern
6.600 Euro für Fraktionen und Gruppen mit 5 bis 9 Kreistagsmitgliedern
8.250 Euro für Fraktionen und Gruppen mit 10 bis 14 Kreistagsmitgliedern
9.900 Euro für Fraktionen und Gruppen mit 15 und mehr Kreistagsmitgliedern

TOP 11 Aufwandsentschädigungssatzung Vorlage: XVIII-0038/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 11 auf, weist auf die vorhandene Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt hin und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage und die Änderungen durch die Tischvorlage. Es sei auch in dieser Vorlage eine rund 10 prozentige Steigerung der Aufwandsentschädigungen vorgesehen.

KAbg. Fricke weist auch hier darauf hin, dass man sich am unteren Niveau der von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhung bewege und halte sie auch in diesem Bereich für angemessen.

KAbg. Hensel sieht bei der Erhöhung auch eine angemessene, moderate Steigerung, die die gesteigerten Ausgaben berücksichtige.

KAbg. Pastewsky findet eine Steigerung bei den übrigen Ehrenamtlichen für notwendig, sehe es aber auch bei dieser Vorlage für ein falsches Signal seitens der Kreistagsmitglieder, die eigenen Entschädigungen zu erhöhen.

KAbg. Dr. Gerndt sieht eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen im Bereich der Feuerwehren für absolut notwendig und unterstützt die Vorlage entsprechend.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachfolgenden

Beschlussempfehlung:

Die Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz, Verdienstausfall und Reisekosten, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0038/2016 und der ergänzenden Tischvorlage ergibt, wird beschlossen.

Die Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz, Verdienstausfall und Reisekosten vom 23. Januar 2012 wird, neben den Beschlüssen des Kreisausschusses vom 03.12.2001; Drucksache Nr. XV-31 (Kreisausbilder der Freiwilligen Feuerwehren) und vom 07.09.2009; Drucksache Nr. XVI-624/2009 (Mitglieder Katastrophenschutzstab), außer Kraft gesetzt.

TOP 12 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017 Vorlage: XVIII-0036/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 12 auf und bittet um Wortmeldungen.

Herr Beddig erläutert die Vorlage und stellt die Eckdaten der Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017 dar.

KAbg Fricke stellt fest, dass erfreulich sei, dass ein ausgeglichener Haushalt vorliegt. Allerdings sehe er, dass auch äußere Einflüsse den Haushalt noch negativ oder auch positiv beeinflussen können. Er bitte darum, dass die Verwaltung prüfe, ob die Erstattungen für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht im außerordentlichen Haushalt abgerechnet werden müssten, da es sich um Erstattungen aus 2016 handle.

Herr Beddig entgegnet dazu, dass lediglich die Werte aus 2016 zugrunde gelegt wurden und es sich bei den dargestellten Erstattungen um die für das Jahr 2017 handele.

KAbg. Fricke weist zudem auf die Problematik der Liquiditätskredite hin. Derzeit läge ein günstiges Zinsgefüge vor, das sich jedoch jederzeit zu Ungunsten des Haushaltes ändern könne. Die CDU-Fraktion habe in jedem Fall noch Beratungsbedarf und er beantrage daher, die Vorlage zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückzugeben.

KAbg. Dr. Gerndt würde eine Prognose und Ausschau auf zukünftige Haushaltsjahre begrüßen.

Landrätin Steinbrügge entgegnet darauf, dass solche Prognosen aufgrund vieler Unwägbarkeiten nicht aussagekräftig wären und damit nur begrenzte Aussagekraft haben. Es würde allerdings davon ausgegangen, dass das Zinsniveau zumindest im nächsten Jahr niedrig bliebe und danach nur moderat steigen würde. Zudem würden die Planungen dahin gehen, dass Aufwendungen eher hoch

geschätzt werden und Einnahmen eher geringer, so dass dadurch bereits eine gewisse Risikominimierung gegeben sei.

KAbg. Hausmann stellt ebenfalls noch einmal die gute wirtschaftliche Lage dar, sieht allerdings keine großen Einsparpotentiale im Haushalt und seine Fraktion könne der Haushaltssatzung ohne weiteres zustimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Sitzungsvorlage XVIII-0036/2016 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 13 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2017- Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für Haushaltsjahr 2017 Vorlage: XVIII-0036/2016/4

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 13 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

Herr Beddig erläutert den Stellenplan und erklärt die Steigerungen in den einzelnen Bereichen. Er weist insbesondere auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Anwärterstellen und die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle hin.

KAbg. Plumeyer hat eine Nachfrage, ob nicht durch die Schaffung der zentralen Vergabestelle in anderen Bereichen Stellenanteile frei würden, so dass keine neuen Stellen geschaffen werden müssten, sondern eine Verlagerung stattfinden könne.

Herr Beddig weist darauf hin, dass Leistungsbeschreibungen nach wie vor in den Fachabteilungen vorgenommen werden müssten, da dazu ein erhebliches Fachwissen notwendig sei. Daher sei es weiterhin notwendig, dort auch Stellenanteile zu belassen. Eine Einrichtung mache aber trotzdem Sinn, da die fachlichen und technischen Anforderung an die Ausschreibungen und Vergaben gestiegen wären und die Umsetzung an zentraler Stelle effizienter sei.

KAbg. Dr.Gerndt wünscht eine Bezifferung von Einsparungen durch Schaffung von Stellen, wenn dies als Begründung angegeben werde.

KAbg. Fricke würde eine Aufstellung der Stellenveränderungen, Bezifferung von Erstattungen für Personalstellen von anderen Behörden bzw. Institutionen und wo durch die Schaffung von Stellen ein Wegfall von Sachleistungen einhergeht, sehr begrüßen.

Anmerkung der Verwaltung:
Die Aufstellung ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

KAbg. Fricke begrüßt zudem ebenfalls die zusätzliche Schaffung der Anwärterstellen. Die CDU-Fraktion habe in jedem Fall auch hier noch Beratungsbedarf und er beantrage daher, die Vorlage ebenfalls zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückzugeben.

KAbg. Hausmann lobt die maßvolle Planung und Aufstellung des Stellenplans durch die Verwaltung. Auch er sieht die Anhebung der Ausbildungsstellen als sehr positiv an. Seine Fraktion könne dem so zustimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Sitzungsvorlage XVIII-0036/2016 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 14 Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Salzgitter; hier: Zweckvereinbarung im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit Vorlage: XVIII-0041/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 13 auf und bittet um Wortmeldungen.

Herr Lehmann erläutert die Vorlage und stellt die Notwendigkeit sowie die Vorteile der Zweckvereinbarung dar.

KAbg. Fricke sieht das Abschließen der Zweckvereinbarung als positiv an.

KAbg. Fach fragt noch einmal nach der finanziellen Ausgestaltung der Zweckvereinbarung und bittet um Beantwortung über das Protokoll.

Anmerkung der Verwaltung
Die in Bezug auf die Erstattung der Kosten an die Stadt Salzgitter aufgetretenen Fragen werden wie folgt erläutert:

- *Der Landkreis Wolfenbüttel erstattet der Stadt Salzgitter nach § 4 Abs. 1 der Zweckvereinbarung die Personalkosten mit Personalnebenkosten (Sozialversicherung und Zusatzversorgung bei Beschäftigten bzw. Beihilfen und Versorgung bei Beamten) für zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter. Dieser Kostenblock wird „spitz" abgerechnet und umfasst derzeit ca. 120.000 €/jährlich.*
- *Darüber hinaus erfolgt eine pauschale Erstattung der Sachkosten (Reise- und Ausbildungskosten, Dienstkleidung, IT-Kosten, Büromietkosten für 25 m² Bürofläche inkl. Reinigung und Heizung) nach § 4 Abs. 2 der Zweckvereinbarung. Dieser Kostenblock umfasst 17.100 €/jährlich und entspricht auch dem von der KGSt. vorgeschlagenen Sachkosten-Satz.*
- *Zur Abgeltung der Kosten im Bereich „Beitreibung/Vollstreckung von festgesetzten Bußgeldern" sowie für die sonstigen Gemeinkosten (z. B. Personalabrechnung) erhält die Stadt Salzgitter 25% der kassenwirksam gewordenen Bußgelder eines Rechnungsjahres (§ 4 Abs. 3 der Zweckvereinbarung).*

KAbg. Hensel und KAbg. Dr. Gerndt sehen das Abschließen der Vereinbarung ebenfalls als sehr positiv.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehenden

Beschlussempfehlung:

Die Landrätin wird beauftragt, die „Zweckvereinbarung im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit“, wie sie sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage XVIII-0041/2016 ergibt, mit der Stadt Salzgitter abzuschließen.

TOP 15 Verordnung über die Verkürzung der Schonzeit für Rehwild im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0044/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 15 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Gerndt hat zu der Vorlage noch einige Nachfragen, insbesondere zur Wirksamkeit einer Verkürzung.

Kreisjägermeister Wesche erläutert die Maßnahme und die dahinter stehende Absicht.

KAbg. Glier weist auf die Befristung der Maßnahme und die Möglichkeit, die Wirkung der Maßnahme in dieser Zeit zu beobachten, hin.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme nachstehende

Beschlussempfehlung:

Die „Verordnung über die Verkürzung der Schonzeit für Rehwild im Landkreis Wolfenbüttel“, wie sie sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage XVIII-0044/2016 ergibt, wird beschlossen.

TOP 16 Einführung eines ergänzenden Warnsystems im Katastrophenschutz im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0039/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 16 auf, erläutert die Vorlage und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Dr. Gerndt bittet um Auskunft, warum dieses nicht im Rahmen des ZGB geregelt wurde.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass es sich dabei nicht um eine Aufgabe des ZGB handelt und dieser in dem Bereich keine Entscheidungsmöglichkeiten habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft. Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

Beschlussempfehlung:

Die Landrätin wird beauftragt, im Gebiet des Landkreises Wolfenbüttel das ergänzende Warnsystem im Katastrophenschutz MoWaS/NINA in Zusammenarbeit mit der Integrierten Leitstelle Braunschweig einzuführen.

TOP 17 DAWI-Betrauungsakt für die Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH Vorlage: XVIII-0048/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 17 auf und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage und deren Hintergründe.

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft. Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

Beschlussempfehlung:

1. Die Betrauung der Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH entsprechend des als Anlage zur Vorlage beigefügten Betrauungsaktes wird beschlossen.

2. Die Vertreterinnen/ die Vertreter der Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung werden angewiesen, den Geschäftsführer der WoBau anzuweisen, die mit der Betrauung ausgesprochenen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unter Beachtung der inhaltlichen Maßgaben des Betrauungsaktes zu erfüllen.

TOP 18 Vorstellung der Planungen des Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße sowie Anpassung des Investitionsbedarfes nach Vorliegen der Kostenschätzungen der Objektplaner Vorlage: XVIII-0050/2016

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 18 auf und bittet um Wortmeldungen.

Herr Beddig erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Anmerkung der Verwaltung:
Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt

KAbg. Plumeyer fragt, ob die Planungskosten in den avisierten Baukosten enthalten wären.

Herr Beddig ergänzt, dass diese noch zusätzlich entstehen würden, so dass ein Gesamtvolumen von rund 6 Millionen Euro entstehen würde.

KAbg. Fricke weist darauf hin, dass letztlich zwangsläufig gebaut werden müsse, da durch die Beschlüsse des Kreistages zu den IGS-Oberstufen ein Platzmangel vorläge.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft. Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen nachstehende

Beschlussempfehlung:

1. Die Planungen des Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Erhöhung des voraussichtlichen Investitionsbedarfes für die Errichtung eines vierzügig ausgerichteten Neubaus für die gymnasiale Oberstufe der IGS Wallstraße von 4.440.000 € auf

5.215.000 € wird zugestimmt. Die notwendigen zusätzlichen Mittel in Höhe von 775.000 € werden in den Haushalt 2018 eingestellt.

TOP 19 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Vorsitzende H.Koch ruft Tagesordnungspunkt 19 auf

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass Unterrichtungen nicht erforderlich seien.

TOP 20 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzende H.Koch stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

Vorsitzender H.Koch schließt um 20.11 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführer/in